

Soziale Sicherheit 1987: Strukturprobleme erschweren die Finanzierung

In den Budgets der sozialen Sicherheit öffnete sich 1987 die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen. Trotz zurückhaltender Ausgabenpolitik nahmen die gesamten Aufwendungen für soziale Wohlfahrt um 6,5% zu, während die Wertschöpfung um nur 3,8% wuchs. Der Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt, die "Sozialquote", stieg daher, nach Jahren der Stabilität, von 27% auf 27,7%. Diese eigentlich für Rezessionsjahre typische Entwicklung ergab sich trotz weiter aufwärts gerichteter Konjunktur und einer nur mäßigen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. So stieg der Aufwand für Arbeitslosenunterstützung um mehr als 12%.

Auch in der Sozialversicherung hielt das Beitragsaufkommen nicht mit dem Ausgabenwachstum Schritt. Die Zahl der Versicherten stagnierte, die Beiträge nahmen deshalb nur im Ausmaß der Lohn- und Gehaltssteigerungen zu. Dagegen wurde die Ausgaben- dynamik durch verschiedene Struktureffekte verstärkt: in der Krankenversicherung durch die vermehrte Zahl der Behandlungsfälle und die Verteuerung medizinischer Leistungen, in der Pensionsversicherung durch die steigende Lebenserwartung und durch Anteilsverschiebungen im Pensionsstand zugunsten der relativ "teuren" Angestelltenpensionen.

Sozialquote erstmals seit Jahren wieder deutlich gestiegen

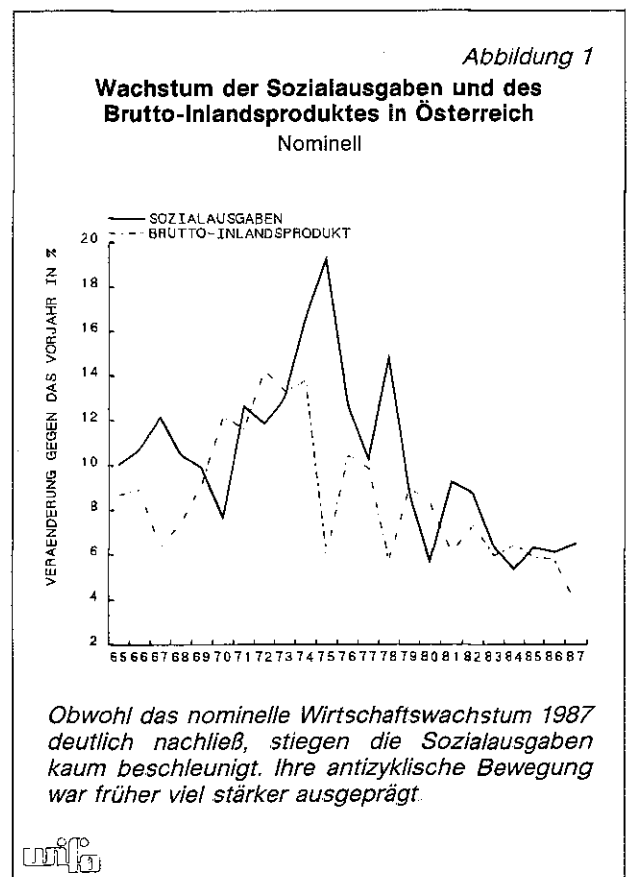
In einer weiten Abgrenzung, die sich an internationalen Standarddefinitionen orientiert, betragen die Sozialausgaben in Österreich im Jahr 1987 — laut vorläufiger Berechnung — 412 Mrd. S. Neben den Leistungen der Sozialversicherung sowie den Ausgaben der Gebietskörperschaften zum Schutz gegen soziale Risiken ist darin auch ein Teil der betrieblichen, nicht gesetzlich geregelten Sozialleistungen enthalten.

Gegenüber 1986 stiegen die Sozialausgaben um 6½%, deutlich rascher als das nominelle Brutto-Inlandsprodukt. Die Sozialquote erhöhte sich daher um ¼ Prozentpunkte auf 27,7%. Im Konjunkturverlauf schwanken die Sozialausgaben antizyklisch, ein markanter Anstieg der Sozialquote ist daher für Schwächephasen typisch. In den letzten Jahren ist dieser Zusammenhang freilich lose geworden (Abbildung 1). So kann auch die Steigerung der Sozialquote 1987 allein aus der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums kaum erklärt werden.

Im Vergleich der beiden großen Ausgabenträger sind die sozialen Aufwendungen des Bundes (+10%) stärker gestiegen als jene der Sozialversicherung (+6¼%). Nach der Gliederung des Bundeshaushalts betragen die Ausgaben für soziale Wohlfahrt etwa 126 Mrd. S. Sie schließen aber nicht die Pensionen der Bundesbeamten ein; zählt man diese hinzu, so entfallen (laut WIFO-Definition) 144 Mrd. S bzw. über 28% der gesamten Ausgaben des Bundes auf den Posten "soziale Sicherheit".

In drei der vier wichtigen Ausgabenkategorien beschleunigte sich 1987 die Kostensteigerung. Nur der Aufwand für die Beamtenpensionen nahm mit +5¼% schwächer zu als im Vorjahr. Entsprechend den Aktivbezügen wurden sie mit Jahresanfang 1987 um 2,9% erhöht (1986 +4,4%), die Zahl der Pensionsempfänger stieg jedoch neuerlich.

Mit zweistelliger Rate wuchs dagegen der Aufwand der Arbeitslosenversicherung (+12½%). Die Hälfte



Übersicht 1

Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt

	Sozialausgaben insgesamt		Brutto-Inlandsprodukt nominal		Sozialausgaben in % des Brutto-Inlandsproduktes
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1978	224 234	+ 15,0	842 332	+ 5,8	26,6
1979	243 742	+ 8,7	918 537	+ 9,0	26,5
1980	257 449	+ 5,6	994 705	+ 8,3	25,9
1981	281 439	+ 9,3	1 055 972	+ 6,2	26,7
1982	306 174	+ 8,8	1 133 535	+ 7,3	27,0
1983	325 480	+ 6,3	1 201 227	+ 6,0	27,1
1984	342 817	+ 5,3	1 278 727	+ 6,5	26,8
1985	364 603	+ 6,4	1 354 056	+ 5,9	26,9
1986	386 812	+ 6,1	1 432 530	+ 5,8	27,0
1987 ¹⁾	412 144	+ 6,5	1 487 521	+ 3,8	27,7

Q: Eigene Berechnungen. — ¹⁾ Vorläufige Werte

der Steigerung erklärt sich aus der Zunahme der Zahl der Leistungsbezieher (+6¼%). Dennoch hat sich ihr Anteil an den vorgemerkten Arbeitslosen weiter verringert.

Noch mehr, um fast 15%, übertrafen die Zuschüsse, die der Bund an die Pensionsversicherung zu leisten hat, das Vorjahresniveau. In den Vorjahren hatten zum Teil Erhöhungen der Versichertenbeiträge, zum Teil die im Rahmen der Pensionsreform 1985 beschlossenen Veränderungen im Leistungsrecht die Dynamik der Bundeszuschüsse sehr gedämpft. 1987 ging dagegen die neuerliche Erhöhung der Belastungsquote (Relation zwischen Pensionen und aktiven Versicherten) wieder ganz zu Lasten des Bundes

Auch der Aufwand für Familienbeihilfen erfuhr 1987 mit +8% die stärkste Steigerung seit sechs Jahren. Maßgebend hierfür war die Anhebung der Kinderbeihilfe um 100 S, die Zahl der anspruchsberechtigten Kinder stagnierte.

Sozialversicherung: Stagnation der Versicherungszahl dämpft Beitragsaufkommen

Die Sozialversicherungsträger gaben 1987 238 Mrd. S aus. Schaltet man, um Doppelzählungen zu vermeiden, Transferzahlungen zwischen den einzelnen Versicherungsträgern aus (z. B. Krankenversicherungsbeiträge, die die Pensionsversicherung für ihre Leistungsbezieher entrichtet), so betragen die Ausgaben rund 226 Mrd. S. Somit wird gut ein Siebtel (15%) der gesamten Wertschöpfung (Brutto-Inlandsprodukt) durch die Sozialversicherung umverteilt.

Der Aufwand war um 6¼% höher als 1986. Die Steigerungsrate blieb damit ähnlich niedrig wie im Vorjahr und deutlich unter dem langfristigen Trend. Dies trifft auch für jeden der drei Versicherungszweige zu. Dennoch hielt das Aufkommen an Versicherungsbeiträgen insgesamt mit den Ausgaben nicht Schritt, es nahm um nur 4½% zu. Zwar stieg die durchschnittliche Beitragsgrundlage um mehr als 3%, doch sta-

Übersicht 2

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1978	+ 32,5	+ 44,5 ¹⁾	+ 11,1	- 15,6	+ 10,9 ¹⁾	1,6	10,0 ¹⁾	7,6	8,3	27,4 ¹⁾
1979	+ 19,4	+ 6,8	+ 7,2	+ 6,5	+ 7,6	1,7	9,8	7,6	8,1	27,2
1980	+ 11,0	+ 3,1	+ 6,2	- 8,3	+ 1,0	1,8	9,5	7,5	7,0	25,9
1981	+ 26,9	+ 8,3	+ 9,0	+ 11,1	+ 10,5	2,1	9,3	7,4	7,0	25,8
1982	+ 43,1	+ 7,6	+ 9,6	+ 25,9	+ 16,0	2,7	9,1	7,4	8,1	27,3
1983	+ 21,1	+ 0,8	+ 5,3	+ 30,4	+ 12,8	3,0	8,4	7,1	9,6	28,1
1984	+ 7,1	- 2,4	+ 6,1	+ 3,7	+ 2,9	3,0	7,7	7,1	9,3	27,1
1985	+ 7,4	+ 4,7	+ 7,5	+ 3,5	+ 5,3	3,0	7,5	7,1	9,0	26,8
1986	+ 9,5	+ 2,1	+ 5,6	+ 7,0	+ 5,5	3,1	7,2	7,0	9,0	26,3
1987 ²⁾	+ 12,4	+ 8,1	+ 5,3	+ 14,7	+ 10,1	3,4	7,5	7,2	10,0	28,1

Q: Bundesrechnungsabschluss — ¹⁾ Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahreswerten nicht vergleichbar — ²⁾ Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebahrungserfolg

Übersicht 3

Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger

	Krankenversicherung		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der Unselbständigen ¹⁾ Selbständigen				Gesamtausgaben der Sozialversicherung ¹⁾	
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1978	33 113	+ 11,8	5 024	+ 10,5	69 443	+ 9,1	14 245	+ 13,0	116 074	+ 10,3
1979	36 152	+ 9,2	5 780	+ 15,1	75 845	+ 9,2	15 798	+ 10,9	126 729	+ 9,2
1980	40 324	+ 11,5	6 378	+ 10,4	82 712	+ 9,1	17 165	+ 8,7	138 414	+ 9,2
1981	43 508	+ 7,9	7 077	+ 10,9	90 266	+ 9,1	18 523	+ 7,9	150 948	+ 9,1
1982	45 121	+ 3,7	7 691	+ 8,7	99 139	+ 9,8	19 988	+ 7,9	162 537	+ 7,7
1983	48 102	+ 6,6	7 386	- 4,0	107 969	+ 8,9	21 367	+ 6,9	174 490	+ 7,4
1984	50 729	+ 5,5	7 587	+ 2,7	116 500	+ 7,9	22 781	+ 6,6	185 634	+ 6,4
1985	53 948	+ 5,2	8 314	+ 9,6	124 377	+ 6,8	24 086	+ 5,7	199 580	+ 7,5
1986	56 734	+ 6,3	8 883	+ 6,8	132 554	+ 6,6	25 541	+ 6,0	212 567	+ 6,5
1987 ²⁾	60 352	+ 6,4	9 507	+ 7,0	141 445	+ 6,7	27 175	+ 6,4	225 761	+ 6,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Ohne Transferzahlungen zwischen Versicherungsträgern — ²⁾ Vorläufige Werte

gnierte die Zahl der Versicherten. Nur die Beitrags-
einnahmen der Krankenversicherung expandierten
rascher als ihre Ausgaben, weil sie auch für nicht er-
werbstätige Versicherte (Arbeitslose, Pensionisten)
Beiträge erhält und dadurch eine breitere Finanzier-
ungsbasis hat als die Pensions- und die Unfallversi-
cherung. In der gesamten Sozialversicherung deckte
das Beitragsaufkommen die Ausgaben zu knapp 80%
(1986 81%). Das Defizit an Eigenmitteln entsteht vor
allem in der Pensionsversicherung, während sich die
Kranken- und die Unfallversicherung fast vollständig
durch die Beiträge der Versicherten (einschließlich
der entsprechenden Arbeitgeberanteile) finanzieren.

**Krankenversicherung: Mehr und teurere
Behandlungen**

Die Ausgaben der Krankenversicherung überschrit-
ten 1987 erstmals 60 Mrd S. Gegenüber dem Vorjahr
erhöhten sie sich um 6,4%. Die allgemeine Tendenz
des nachlassenden Preis- und Kostenauftriebs wurde
in diesem Wirtschaftsbereich nicht mitvollzogen, die

Bemühungen um eine Dämpfung der Ausgabendyna-
mik waren bisher nur teilweise erfolgreich

Mit jeweils über 15 Mrd S und damit einem Viertel
der Gesamtausgaben sind "Ärztliche Hilfe" und "An-
staltspflege" die mit Abstand größten Aufwandsposi-
tionen. Zwar stiegen die Zahlungen an Ärzte zur Dek-
kung der Behandlungskosten von Versicherten mit
+5½% deutlich langsamer als in früheren Jahren,
doch bewirkten Mengen- und Struktureffekte (größere
Zahl von Behandlungsfällen, Verschiebung zu teure-
ren Behandlungen), daß die Steigerungsrate weiter-
hin über jener der vereinbarten Honorartarife lag.

In der Spitalsfinanzierung werden die Pflegege-
bührenersätze der Sozialversicherungsträger seit
1978 jährlich nur in dem Ausmaß (Prozentsatz) er-
höht, in dem die Beitragseinnahmen der Krankenver-
sicherung steigen — im vergangenen Jahr um etwa
5¾%. Tatsächlich wendeten die Versicherungsträger
für Spitalpflege um 7% mehr auf; auch hier erklärt
sich der Mehraufwand aus der höheren Zahl und Ver-
teuerung der Behandlungsfälle. Außer den Pflege-
gebührenersätzen flossen 2,5 Mrd S von den Kran-
kenversicherungsträgern an den Krankenanstalten-

Übersicht 4

Die Entwicklung einiger Ausgabenpositionen in
der Krankenversicherung

	1985	1986	1987 ¹⁾	1987 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Anteile in %
Ärztliche Hilfe	+7,6	+7,0	+5,5	26,0
Anstaltspflege	+3,9	+6,4	+7,0	25,4
Heilmittel	+8,3	+7,3	+6,9	13,2
Zahnbehandlung, -ersatz	+5,6	+5,6	+4,7	8,3
Krankenunterstützung	+5,5	+3,0	+7,1	4,7
Verwaltungskosten	+0,5	+5,2	+3,0	3,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger —
¹⁾ Vorläufige Werte

Übersicht 5

Die Einnahmen aus Versicherungsbeiträgen der
Sozialversicherungsträger

	1985	1986	1987 ¹⁾	1987 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Mill S
Krankenversicherung	+ 4,4	+6,0	+6,7	53 772
Unfallversicherung	+ 5,1	+5,3	+2,9	8 387
Pensionsversicherung				
der Unselbständigen	+ 8,2	+5,1	+3,8	109 379
der Selbständigen	+ 9,2	+3,6	+2,9	7 629
Insgesamt	+ 7,0	+5,3	+4,6	179 167

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger —
¹⁾ Vorläufige Werte

Zusammenarbeitsfonds (+9¼%) Damit betragen die Ausgaben für die Spitäler insgesamt bereits knapp ein Drittel aller Leistungen.

Die Ausgaben für Medikamente stiegen mit knapp +7% kaum langsamer als im Vorjahr. Die in den frühen achtziger Jahren getroffenen Maßnahmen zur Kostendämpfung — darunter die automatische jährliche Anhebung der Rezeptgebühr — haben offenbar nur vorübergehend gewirkt. 1987 betrug die Rezeptgebühr 23 S.

Ebenfalls um rund 7% stiegen die Ausgaben für Krankenunterstützung. Das Krankengeld hat mit der Ausdehnung der Entgeltfortzahlung auf einen großen Teil der Arbeiter an Bedeutung verloren. Insgesamt betrug der Aufwand hierfür 2,8 Mrd. S. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr übertrifft die Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage deutlich; sie impliziert eine Erhöhung der Zahl der Tage, für die Krankengeld geleistet wurde, um rund 3%.

Aus den Beiträgen der Versicherten erhielten die Krankenversicherungsträger 1987 um 6¾% mehr Mittel als im Vorjahr. Daß die Beiträge demnach mit den Ausgaben Schritt hielten, ist vor allem dem Umstand

zu danken, daß die Krankenversicherung Beiträge auch für Arbeitslose und Pensionisten erhält, deren Zahl jeweils deutlich gestiegen ist. Der Beitragssatz für Pensionisten wurde darüber hinaus von 10,3% auf 10,5% erhöht. Dagegen hat unter den aktiven Erwerbstätigen die Zahl der Versicherten kaum zugenommen.

Insgesamt erzielte die Krankenversicherung mit 760 Mill. S einen rund doppelt so hohen Überschuß wie 1986. Er entstand in der Versicherung der Unselbständigen, die Selbständigenversicherungen (Gewerbliche Wirtschaft, Bauern) wiesen ein Defizit auf.

Weniger Unfallrenten

Mit 9½ Mrd. S entfallen auf die Unfallversicherung nur etwa 4% der gesamten Ausgaben der Sozialversicherung. Gegenüber 1986 stiegen ihre Aufwendungen um 7% und damit rascher als jene der Kranken- und der Pensionsversicherung. Dies lag freilich nicht an den beiden wichtigsten Aufwandsposten — Unfallrenten und Unfallheilbehandlung —, sie übertrafen das Vorjahresniveau um nur 1¼% bzw. 3%. Um mehr als ein Viertel wuchsen dagegen die "sonstigen" Ausgaben. Darunter fällt u. a. ein Finanzierungsbeitrag an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherung von 1 Mrd. S (gemäß Art. V Abs. 1 der 43 ASVG-Novelle).

Der Rentenaufwand nahm nur schwach zu (auf 4,3 Mrd. S), weil die Zahl der Renten neuerlich gesunken ist (—2 000 bzw. —1,7%). Die Pro-Kopf-Leistung erhöhte sich um 5%. Die durchschnittliche Versehrtenrente betrug im Dezember 1987 2.125 S. Sie ist deshalb so niedrig, weil der Großteil der Renten an Personen gezahlt wird, deren Erwerbsfähigkeit zu weniger als der Hälfte beeinträchtigt ist. Ein zu 100% Berufsunfähiger erhält hingegen monatlich 11.900 S.

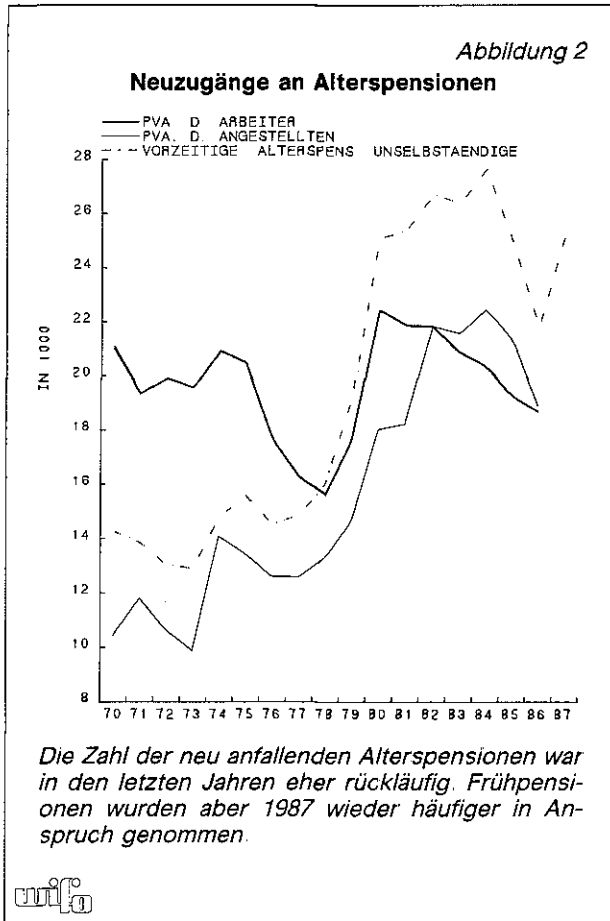
Die Beitragseinnahmen stiegen wesentlich schwächer als in den Vorjahren, um knapp 3%. Mit 4.782 Mill. waren um 23.100 Personen weniger unfallversichert als 1986. Die Zahl der erwerbstätigen Versicherten stagnierte, aus demographischen Gründen sank die Zahl der Schüler und Studenten.

Aus der Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben resultierte ein Gebarungsabgang von 471 Mill. S. Er entstand fast ausschließlich in der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieser Versicherungsträger wie erwähnt einen Beitrag von 1 Mrd. S an die Pensionsversicherung zu leisten hatte.

Übersicht 6 Die Gebarung der österreichischen Sozialversicherung im Jahr 1987

	Ein- nahmen	Ausgaben	Saldo
	Mill. S		
Krankenversicherung	61 111,6	60 352,1	+ 759,5
Gebietskrankenkassen	44 475,6	43 889,9	+ 585,7
Betriebskrankenkassen	957,6	886,4	+ 71,2
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	640,4	639,9	+ 0,4
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	2 874,1	2 858,9	+ 15,3
Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter	6 009,3	5 833,1	+ 176,2
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	3 486,4	3 500,4	— 14,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	2 668,2	2 743,4	— 75,2
Unfallversicherung	9 036,0	9 507,0	— 471,1
Pensionsversicherung der Unselbständigen	141 659,1	141 444,9	+ 214,1
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	77 594,9	77 446,7	+ 148,2
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	1 619,3	1 618,8	+ 0,5
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	58 684,1	58 622,5	+ 61,6
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	3 760,7	3 756,9	+ 3,8
Pensionsversicherung der Selbständigen	27 234,7	27 175,1	+ 59,6
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	14 545,9	14 536,0	+ 9,9
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	12 557,4	12 533,8	+ 23,6
Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates	131,4	105,3	+ 26,1
Sozialversicherung insgesamt	239 041,3	238 479,1	+ 562,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Vorläufige Gebarungsergebnisse



3,8% um ¼ Prozentpunkt höher als 1986, doch stieg die Zahl der Pensionen um nur 18.600 bzw. 1,1% (Dezember), ebenso mäßig wie im Vorjahr. Wie stets bewirkten verschiedene Struktureffekte, daß die Zuwachsrate der Durchschnittspension um über 1 Prozentpunkt höher war als der Anpassungsfaktor.

Ende 1987 betrug die Zahl aller Pensionen 1.660.000. Die Zunahme gegenüber 1986 resultiert vor allem aus demographischen Faktoren — insbesondere der steigenden Lebenserwartung — und dem Überangebot an Arbeitskräften, das möglichst frühzeitige Pensionierungen begünstigt. Dieses Motiv hat sich durch die Stabilisierung des Arbeitsmarktes in den letzten zwei Jahren zumindest nicht verstärkt. Seither sinkt auch die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen leicht. Dennoch war der Neuzugang an Frühpensionen 1987 deutlich höher als 1986. Zum Teil ist dies ein "Vorzieheffekt" vor der Pensionsreform 1988: Manche Pensionsbewerber haben den geplanten Pensionsantritt vorverlegt, um noch die — tatsächlich oder auch nur vermeintlich — günstigeren Bedingungen zu nutzen. Wenn trotz des stärkeren Andrangs der gesamte Stand an Frühpensionen geringer wurde, so lag dies daran, daß viele Bezieher einer Frühpension mit Erreichen der Altersgrenze für die gesetzliche Alterspension einen Antrag auf Zuerkennung einer solchen — manchmal für sie günstigeren — Pension stellten. Auch diese außergewöhnliche Häufung von Anträgen könnte im Zusammenhang mit der Reform 1988 stehen.

Andrang zu frühzeitiger Pensionsierung bleibt hoch

Mit einem Volumen von 169 Mrd. S beansprucht die Pensionsversicherung rund 70% der gesamten Ausgaben der Sozialversicherung. Gegenüber 1986 stieg der Aufwand, ähnlich wie in den Vorjahren, um 6¾%. Zwar war der Anpassungsfaktor, mit dem die Pensionen zu Jahresbeginn 1987 aufgewertet wurden, mit

Beschleunigt hat sich im Vorjahr ausschließlich die Zunahme der Zahl der Alterspensionen, jene der Invaliditäts- und der Hinterbliebenenpensionen verlangsamte sich.

Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl der Personen, die zwei oder mehr Pensionen beziehen. Mitte 1987 erreichte sie nach einer Sondererhebung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger 168.300. Vor allem Frauen haben, bedingt durch

Übersicht 7

Die Entwicklung der Pensionen nach Arten

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1987
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						Anzahl
Pensionen an							
Unselbständige	+2,2	+2,0	+2,2	+2,0	+1,3	+1,3	1.335.506
Alter	+3,6	+3,0	+3,0	+2,5	+1,8	+2,4	625.036
Invalidität	+1,8	+2,2	+3,2	+3,7	+2,2	+1,1	277.971
Witwen	+1,0	+0,9	+0,8	+0,6	+0,5	+0,3	380.179
Waisen	-1,0	-1,1	-1,5	-1,5	-2,8	-4,2	52.320
Selbständige	+0,6	+0,6	+0,9	+1,2	+0,5	+0,6	324.499
Alter	-0,7	-1,1	-0,5	-0,5	-0,7	+0,1	142.643
Invalidität	+3,6	+3,8	+4,6	+6,5	+2,9	+2,0	76.976
Witwen	+1,3	+1,9	+1,1	+0,8	+1,4	+0,8	92.811
Waisen	-3,0	-2,7	-3,4	-4,8	-4,5	-4,1	12.069

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Stand im Dezember

die Zunahme ihrer Erwerbsbeteiligung und ihre höhere Lebenserwartung, immer häufiger Anspruch auf zwei Pensionen. So erhält von den Bezieherinnen einer Witwenpension ein Drittel eine weitere Pension

Struktureffekte steigern den Pensionsaufwand

Die Durchschnittspension der Unselbständigen stieg 1987 um über 5%, um etwa 1¼ Prozentpunkt stärker, als dem Anpassungsfaktor entsprochen hätte. Dieses übliche Vorseilen erklärt sich aus Veränderungen in der Zusammensetzung des Pensionsbestands, wie z. B. längere Versicherungszeiten und höhere Bemessungsgrundlagen der neu anfallenden gegenüber den wegfallenden Pensionen, Anteilsverschiebungen zugunsten der "teureren" Angestelltenpensionen etc.

Betrachtet man die Durchschnittspensionen, gegliedert nach Pensionsarten, über einen längeren Zeitraum, so zeigt sich, daß die relativ hohen Pensionen tendenziell rascher steigen als die niedrigeren, die Einkommensunterschiede zwischen den Pensionisten nehmen zu. So ist in den letzten fünf Jahren die "teuerste" Unselbständigenpension, die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer, im Durchschnitt um ein Drittel gestiegen, die relativ niedrige Frühpension bei Arbeitslosigkeit dagegen um weniger als ein Sechstel.

Die Zahl der Ausgleichszulagen ist neuerlich zurückgegangen. In 260 400 Fällen bzw. weniger als 16% aller Pensionen erreichte das Einkommen des Pensionisten nicht den Richtsatz von 4.868 S monatlich (Ehepaare 6.973 S) und mußte auf dieses Mindestniveau gehoben werden. Neuerlich höher als im Vorjahr war dagegen die Zahl der Hilflosenzuschüsse. Ende 1987 wurden 235.100 Zuschüsse an Pensionisten geleistet, die ständiger Hilfe und Betreuung durch eine andere Person bedürfen. Teilweise erklärt die steigende Lebenserwartung die wachsende Bedeutung der Hilflosenzuschüsse.

Belastungsquote erreicht fast 600

Die Zahl der aktiven Pensionsversicherten stagnierte 1987 auf dem Niveau von 2,760.000. Weder die Zahl der selbständigen noch der unselbständigen Versicherten änderte sich nennenswert, obwohl um 5.200 Unselbständige mehr beschäftigt waren. Dieser Nettozuwachs entspricht offenbar dem der nicht im Rahmen der Sozialversicherung Pensionsversicherten (z. B. Beschäftigte im öffentlichen Dienst).

Übersicht 8
Pensionsbezieher je 1.000 Pensionsversicherte
(Jahresdurchschnitt)

	Unselbständige	Selbständige	Insgesamt
1978	469	819	516
1979	473	841	521
1980	478	802	522
1981	486	825	531
1982	504	826	548
1983	524	825	566
1984	534	836	576
1985	543	853	585
1986	549	863	591
1987	555	872	598

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Aufgrund der ungleichen Entwicklung von Pensionen und aktiven Versicherten stieg die Quote der Pensionsbelastung neuerlich: Auf 1.000 aktive Versicherte entfielen 598 Pensionen (im Vorjahr 591). In der Versicherung der Unselbständigen erhöhte sich die Quote auf 555, in jener der Selbständigen auf 872.

Bund finanziert über 30% der Gesamtausgaben

Weil die Zahl der aktiven Versicherten stagnierte, erhöhte sich das Beitragsaufkommen der Pensionsversicherung um nur 3¼% auf 117 Mrd. S. Die Steigerungsrate war die niedrigste seit vielen Jahren. Sie blieb für die Unselbständigen auch unter dem Wachstum der Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme, da die mäßige Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage dämpfend wirkte. Die Beitragssätze blieben unverändert.

Übersicht 9
Anpassungsfaktor und Veränderung der Unselbständigeneinkommen

	Anpassungsfaktor	Monatliches Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1978	+6,9	+7,1
1979	+6,5	+5,6
1980	+5,6	+6,2
1981	+5,1	+7,6
1982	+5,2	+6,0
1983	+5,5	+4,6
1984	+4,0	+4,3
1985	+3,3	+5,3
1986	+3,5	+5,6
1987	+3,8	+3,8
1988	+1,2	+2,3 ¹⁾

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger eigene Berechnungen. — ¹⁾ WIFO-Prognose

Die Ausgaben wuchsen um rund 3 Prozentpunkte rascher als die Beitragseinnahmen, daher mußte der Bund im Rahmen seiner gesetzlichen Ausfallhaftung um 6,5 Mrd. S mehr zuschießen als 1986, insgesamt (einschließlich Ausgleichszulagen) 51,5 Mrd. S.

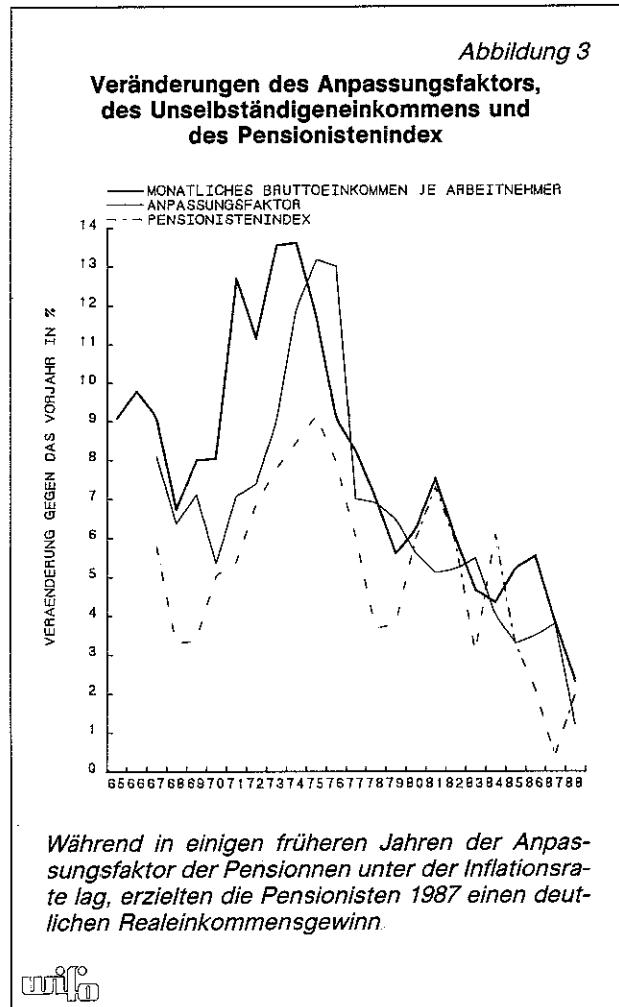
Dadurch erhöhte sich der Finanzierungsanteil des Bundes an den Gesamtausgaben erstmals seit vier Jahren wieder und erreichte mit über 30% den höchsten Wert seit zehn Jahren. Die Beiträge des Bundes decken in der Pensionsversicherung der Unselbständigen fast ein Viertel (22%) des Aufwands, in jener der Selbständigen sogar fast drei Viertel (72%).

Realer Einkommenszuwachs für Pensionisten

Mit Jahresbeginn 1987 wurden die Renten und Pensionen um 3,8% angehoben. Der Anpassungsfaktor entsprach dem Richtwert, zu dessen Berechnung seit 1986 neben der Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage auch die Zahl der Bezieher von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung herangezogen wird.

Fallende Importpreise und nur geringfügig steigende Lohnstückkosten ließen die Inflationsrate 1987 auf 1,4%, den tiefsten Stand seit vielen Jahren sinken. Den Pensionisten blieb dadurch ein deutlicher realer Einkommensgewinn von brutto über 2%. Darüber hinaus wurden die Nettoeinkommen durch die Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs gestärkt. Anders als in den Vorjahren hielt die Kaufkraftsteigerung der Pensionseinkommen mit den Löhnen und Gehältern Schritt.

Durch die erwähnten Änderungen in der Zusammensetzung des Pensionsbestands stiegen die Pensionen pro Kopf stärker, als dem Anpassungsfaktor entsprochen hätte. So erhöhte sich die durchschnittliche Alterspension eines Unselbständigen um 4,9%.



Sie betrug im Dezember 1987 für einen Arbeiter 6.587 S, für einen Angestellten 10.303 S. Gemessen am Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer haben die Pensionisteneinkommen den leichten Rückgang von 1986 wieder aufgeholt.

Übersicht 10

Höhe der durchschnittlichen Alterspensionen

	Arbeiter	Angestellte		Unselbständige insgesamt		Pro-Kopf-Einkommen ¹⁾	Durchschnittspension der Unselbständigen In % des Pro-Kopf-Einkommens ¹⁾
		In S		In S			
1981	4 864	7 485		5 843		12 480	46,8
1982	5 191	8 001		6 272		13 225	47,4
1983	5 530	8 571		6 732		13 838	48,6
1984	5 791	9 042		7 108		14 437	49,2
1985	6 040	9 458		7 456		15 195	49,1
1986	6 292	9 858		7 793		16 041	48,6
1987	6 587	10 303		8 176		16 650	49,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen. Stand im Dezember — ¹⁾ Je Arbeitnehmer Durchschnitt pro Monat ohne Sonderzahlungen.

Übersicht 11

Anteil der Bundesbeiträge am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung

	Gesamtaufwand		Bundesbeitrag ¹⁾		Bundesbeitrag in % des Gesamtaufwands
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1978	83.688	+ 9,7	21.981	-15,6	26,3
1979	91.643	+ 9,5	23.416	+ 6,5	25,6
1980	99.877	+ 9,0	21.461	- 8,3	21,5
1981	108.790	+ 8,9	23.841	+11,1	21,9
1982	119.126	+ 9,5	30.015	+25,9	25,2
1983	129.336	+ 8,6	39.127	+30,4	30,3
1984	139.281	+ 7,7	40.588	+ 3,7	29,1
1985	148.463	+ 6,6	42.002	+ 3,5	28,3
1986	158.095	+ 6,5	44.927	+ 7,0	28,4
1987 ²⁾	168.620	+ 6,7	51.537	+14,7	30,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Bundesrechnungsabschluß Pensionsversicherung der Selbständigen und Unselbständigen — ¹⁾ Einschließlich Ausgleichszulagen — ²⁾ Vorläufige Werte

Ausblick

Anfang 1988 ist die zweite Etappe einer Pensionsreform in Kraft getreten (erste Etappe 1985). Sie enthält im wesentlichen eine weitere Ausdehnung des Bemessungszeitraums für die Pensionsberechnung und Einschränkungen in der Anrechnung beitragsfreier Ersatzzeiten. Beide Maßnahmen stärken das Versicherungsprinzip im Pensionssystem und stellen auch unter verteilungspolitischen Aspekten einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Weiterhin ungelöst sind die Probleme der Hinterbliebenenversorgung und der Harmonisierung verschiedener Pensionssysteme. In diesem Zusammenhang ist eine Kontroverse um die Berechtigung der Ruhensbestimmungen entstanden. Sie zeigt sehr deut-

lich, daß Reformen im Pensionsrecht nur im Hinblick auf die finanzielle Entlastung zu diskutieren sachlich nicht befriedigt. Die Konsequenzen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang — für die Einkommensverteilung, für den Arbeitsmarkt — müssen explizit in der Beurteilung verschiedener Maßnahmen berücksichtigt werden, ebenso bedarf der Begriff der wohl-erworbenen Rechte einer Klärung. Entscheidungsgrundlagen für notwendige Strukturanpassungen in der staatlichen Altersversorgung wurden von Vertretern der Wissenschaft, der Verwaltung und der Interessenvertretungen in verschiedener Form erarbeitet. Sie können dazu beitragen, jene Lösungen zu finden, die den vielfältigen Ansprüchen an eine Pensionsreform gerecht werden.

Georg Busch